



Europa – transatlantisch oder eurasisch

Dr. Klaus Olshausen

Juli 2024

Zusammenfassung

Die physikalische und politische Geographie zeigt EU und NATO-Europa in einer Randlage Eurasiens. Also ist es für dieses Europa entscheidend, dass westlich nicht nur das Wasser des Atlantiks, sondern eine starke Interessengemeinschaft mit Nordamerika wirkt. Die Rückversicherung nach dem 24. Februar 2022 hat getragen. Aber dem Aggressor in der Ukraine wurde nicht erfolgreich Paroli geboten. Inzwischen gibt es in Europa und mit Nordamerika mehrere Sollbruchstellen, die dazu führen können, dass der Aggressor Erfolge hat, die der Westen ihm deklaratorisch ständig verweigern will, wirksame Mittel aber nicht einsetzt. Putin nutzt jede Uneinigkeit zu weiterer Spaltung. Da einige NATO-Staaten eine klare Aussage zum NATO-Beitritt der Ukraine auch beim Gipfeltreffen verhindern, hat Putin einen weiteren Grund den Krieg voranzutreiben. Nur eine Einladung der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft, kann ihm ein wesentliches Kriegsziel aus der Hand schlagen und ihn veranlassen, „in good faith“ zu verhandeln. So bleibt Europa transatlantisch und Putins Eurasia-Plan eine Fata Morgana.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Das Gipfeltreffen der 32 NATO-Staaten in Washington vom 9.-11. Juli und häufige Hinweise von Analysten auf eine Welt der „Polykrisen“ sind Grund genug, eigene Überlegungen mit einem Blick auf den Globus zu beginnen.

Die physikalische und politische Geographie zeigt das Europa der EU und der europäischen NATO-Staaten in einer Randlage Eurasiens. Maßgebliche Räume dieses Doppelkontinents werden seit dem 24. Februar 2022 von einem Aggressor gegen das zweitgrößte Land Europas mit weiterreichenden Ambitionen und dem ökonomisch und militärisch wachsenden Einparteienstaat China beherrscht, das Russland strategische Partnerschaft zusichert.

In dieser Lage ist es für die EU und die NATO-Europäer („Europa“) entscheidend, ob westlich von ihnen nur das Wasser des Atlantiks liegt oder ob der nordamerikanische Kontinent mit Amerika und Kanada über dieses Meer mit den Europäern eine starke Interessengemeinschaft zur eigenen Sicherheit und Wahrung und Durchsetzung demokratischer Werte und des geltenden Völkerrechts aufrechterhalten kann und will.

Seit über zwei Jahren – dem Beginn der russischen Aggression – haben sich diese Staaten in starkem Maße gegenseitig versichert, dass sie ökonomisch, politisch und militärisch alles tun wollen, um die Sicherheit ihrer Staaten territorial, aber auch gegen andere destabilisierende, auf Spaltung und politisches Zerwürfnis gerichtete Angriffe zu gewährleisten. Das war so notwendig, dass die beiden bisher neutralen Staaten Schweden und Finnland sich dem transatlantischen Bündnis für Sicherheit und Stabilität anschlossen.

Die eigene Handlungsfähigkeit Europas in der Auseinandersetzung mit dem Aggressor, aber auch dem Systemrivalen China zu verbessern, ist unstrittig. Aber sie erhält und behält ihr sicherheitspolitisches Fundament durch ein Nordamerika, für das die atlantische Gegenküste nicht in die Hände oder auch nur den beherrschenden Einfluss eines Aggressors und eines Systemrivalen geraten darf.

Schon seit der US-Präsidentenwahl 2020 und erst recht seit dem Beginn der russischen Aggression sind die Stimmen weniger geworden, die Europa in gleicher politischer Distanz/Nähe zu den drei „Großen Mächten“ sehen und sich vorstellen, eine Autonomie zu entwickeln und aus dem Trio ein „geopolitisches Quartett“ zu gestalten.

Allerdings zeichnen sich in den letzten Wochen denkbare Entwicklungen ab, die außenpolitisch zunächst beim Umgang mit dem Aggressor Russland und bei der weiteren, insbesondere militärischen Unterstützung der Ukraine, Sollbruchstellen der Kohäsion und des gemeinsamen Wollens und Handels in Europa und zwischen Europa und Amerika erkennen lassen.

Diese verstärken sich vor allem deshalb, weil es Russland gelingt, in westlichen Gesellschaften zunehmend Gehör für sein Narrativ zu gewinnen. Danach sei eine unabhängige, gar der EU und oder NATO zustrebende Ukraine eine ständige Bedrohung der Sicherheit für Russland. Und Russland habe keine weiterreichenden territorialen Ziele. Diese Teile der Bevölkerung sehen auch nicht, dass Russland schon seit längerem einen hybriden Krieg gegen die westlichen Staaten führt und mit Desinformation und toxischen Angeboten den Zusammenhalt der europäischen Staaten erschüttern will.

Den Regierungen in EU und NATO ist es noch nicht gelungen, in der Breite ihrer Bevölkerung die Erkenntnis zu vermitteln und Zustimmung zu gewinnen, dass die breite Unterstützung der Ukraine, den Aggressor stoppen kann, bevor er an den eigenen Grenzen auftritt. Ihren politischen, ökonomischen und militärischem Druck



können die Systemrivalen auf den westlichen Rand EURASIENS weiter verstärken. Und es gibt Regierungen, die gegenüber Russland schon jetzt in Sachen Ukraine und Zugeständnissen bei Sicherheitsforderungen einer expansiven Russische Föderation verhandlungsbereit sind.

Auch in Amerika sind Art, Umfang und Dauer der Unterstützung des Überlebenskampfes der Ukraine für ihre Freiheit – meist aus innenpolitischen Gründen – umstritten. Auch dort tritt der eigene politische Zweck, der modernen Atom- und Militärmacht Russland mit ihrer revisionistischen Außenpolitik eine Vorherrschaft im Mittelmeerraum und nachhaltigen Einflussgewinn auf die EU bzw. westeuropäische Staatenteilweise zu verwehren, für Teile der Politik und der Gesellschaft in den Hintergrund zugunsten eigener innenpolitischer Bedürfnisse und dem Hauptaugenmerk, China nicht auf die Überholspur zu lassen.

Schon der Ausgang der vorgezogenen Wahlen in Frankreich am 30. Juni und 7. Juli, dann der Ausgang der Wahlen in drei ostdeutschen Ländern und erst recht die Wahlen in den USA am 5. November können den bisherigen Zusammenhalt und das Zusammenwirken in EU und NATO mit ihren Partnern gegenüber Russland und dessen Unterstützer China stark beeinträchtigen, ja gefährden.

Um gegenüber dem Aggressor und dem unterstützenden Systemrivalen China bei deutlich reduzierter oder gar entfallender Unterstützung Amerikas erfolgreich für die Freiheit der Ukraine und so auch der eigenen erfolgreich zu wirken, sind drei Elemente ‚Europas‘ unverzichtbar: ein gemeinsamer unerschütterlicher europäischer (Selbstbehauptungs-)Wille, eine zumindest hinreichende Stabilität der europäischen Gesamt-Strukturen und vor allem die (noch nicht) angemessenen „Muskeln“ – also Fähigkeiten zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Selbstbehauptung.

Bei allen drei Elementen ist gerade heute Skepsis angezeigt. Putin wird jede Uneinigkeit, jeden Streit nutzen, um zunächst bei der Unterwerfung der Ukraine Fortschritte zu erzielen. Und die Tatsache, dass einige Regierungen der NATO, insbesondere die USA und Deutschland, weiter jede klare Aussage zur Mitgliedschaft der Ukraine beim Gipfeltreffen verhindern werden, stärkt bei Putin die Überzeugung, seine Forderung durchzusetzen, dass die Ukraine keine Bündniswahl hat. Auch dies verlängert den Krieg.

Eine Einladung zur NATO-Mitgliedschaft beim Gipfeltreffen in Washington ist die wirksamste Maßnahme, Russland ein entscheidendes Kriegsziel zu verbauen und Putin zu veranlassen, „in good faith“ zu verhandeln.

So bleibt ‚Europa‘ transatlantisch und Putins Eurasia-Plan einer Dominanz von Lissabon bis Wladiwostok eine Fata Morgana.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen